Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 48 (1968-1969)
Heft: 10

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

RUNDSCHAU

DAS ERBE VON 1968

Das scheidende Jahr hinterlässt dem neuen, wie üblich, eine Fülle von Problemen, die in den vergangenen zwölf Monaten nicht gelöst werden konnten. An der Spitze steht noch immer der *Vietnamkonflikt*, in dem sich zwar erste Kontakte angebahnt haben, die in Richtung auf eine friedliche Regelung weisen, aber die bisher erzielten Fortschritte sind denkbar bescheiden. In *Osteuropa* ist nach dem Schock des 21. August wieder eine Art Ruhe eingekehrt; niemand aber wird sich Illusionen darüber hingeben, dass unter der Oberfläche die Krise weiterschwelt, in die der Reformkurs der Prager Führung das ganze sowjetische Imperium gestürzt hat. Dass auch die Tschechoslowakei selbst weit davon entfernt ist, im Sinne ihrer «sowjetischen Freunde» befriedet zu sein, zeigte das Gipfeltreffen von *Kiew* anfangs Dezember, auf dem offensichtlich die alten, unüberbrückbaren Gegensätze erneut scharf zutage getreten sind.

Das Erbe der französischen Mai-Unruhen

Auch Westeuropa hat an den Lasten schwer zu tragen, die ihm im Laufe des letzten Jahres aufgebürdet wurden. Im Vordergrund steht die innenpolitische Situation in *Frankreich*. Im Mai bewegte sich das Land am Rande eines wirtschaftlichen und sozialen Chaos. Präsident *de Gaulle* hat mit seinem Appell an die Nation vom 30. Mai die Lage nochmals gemeistert und einen Monat später, in den Parlamentswahlen von Ende Juni, ein eindrucksvolles Vertrauensvotum der Bevölkerung erhalten. Schon damals war es zu erwarten gewesen, dass damit die Mairebellion noch nicht bewältigt sein würde. Zu tief hatte der fast drei Wochen dauernde Generalstreik in die Struktur des Landes eingegriffen, zu gross war der Produktionsausfall gewesen, als dass sich daraus nicht längerfristige wirtschaftliche Rückwirkungen hätten ergeben müssen.

Im Spätherbst brach diese Krise nun über Frankreich herein. Auf einer hektischen mehrtägigen Sitzung des «Zehnerklubs» in Bonn beschlossen die wichtigen Industrienationen des Westens eine *Stützungsaktion* zugunsten des *französischen Franc*. Dabei schien es unabwendbar, dass Frankreich seinen Tribut in Form einer *Abwertung* würde leisten müssen. Präsident de Gaulle beschloss – von seinem Standpunkt aus zweifellos folgerichtig – jedoch anders. Er hatte in einem Kommentar zur Währungskrise jeden Gedanken an eine Devaluation als absurd bezeichnet. Das Prestige Frankreichs schien ihm zu wichtig, als dass er sich zu einem solchen Eingeständnis der wirtschaftlichen Schwäche hätte herbeilassen wollen. So richtete er am 24. November erneut einen Aufruf an Frankreich, diesmal mit der Aufforderung, den Gürtel enger zu schnallen und Frankreichs Wirtschaft durch ein rigoroses *Sparprogramm* zu sanieren. Zweifellos hat dieser Weg einiges für sich – die Zukunft wird zeigen, ob die Rechnung aufgeht. Präsident de Gaulle ist überzeugt, seinem Lande dieses Opfer zumuten zu können. In der Vergangenheit hat sein Wille schon oft über die schwierigsten und für ihn ungünstigsten Voraussetzungen triumphiert. Ob der General auch dieses Mal erfolgreich sein und der Wirtschaft seine Auffassungen aufzwingen wird? Die Gefahr eines erneuten Aufbrechens der Währungskrise hängt jedenfalls weiterhin drohend über der westlichen Welt.

Unruhiges Italien

In den Tagen, da die europäischen Valuten einer schweren Belastungsprobe unterlagen, steuerte Italien einer neuen Regierungskrise zu. Der Rücktritt des Kabinettes *Leone* im November kam zwar nicht überraschend. Seit seinem Amtsantritt im Sommer war Leone gewissermassen Regierungschef auf

Abruf. Nun wurde die unterbrochene politische Flurbereinigung neu eröffnet. Nach längerem Hin und Her gelang es dem Führer der Democrazia Cristiana, *Rumor*, mit einem neuen Kabinett des Linken Zentrums vor die Öffentlichkeit zu treten, in welchem die gegenseitigen Interessen der einzelnen, am Kabinett beteiligten Gruppen der Christlich-Demokraten und der Sozialisten einigermassen ausgewogen erscheinen.

Rumor harrt eine schwierige Aufgabe. Die Übergangsregierung Leone hatte, wie nicht anders zu erwarten war, die Probleme grösstenteils vor sich hergeschoben. Nun sollen endlich die drängenden Fragen der Nation in Angriff genommen werden, vor allem auf *sozialem Gebiet*. In den Wochen, in denen die Politiker in Rom mühsam einen Kompromiss um die Ämterverteilung im neuen Kabinett aushandelten, ging über ganz Italien eine Welle des Aufruhrs. Ausgelöst wurde sie durch die Erschiessung von zwei sizilianischen Arbeitern, die während eines Streiks bei der Errichtung von Barrikaden durch Polizisten getötet worden waren. Der Funke der Rebellion sprang vom Süden rasch nach Mittel- und Norditalien über. Soziale Forderungen vermengten sich mit den Protesten gegen das Vorgehen der Polizei in Sizilien – ein bezeichnendes Symptom dafür, wie wenig es braucht, um die soziale Dauerkrise Italiens in einen Ausbruch der Emotionen umschlagen zu lassen. Zu den sozialen Problemen kommen noch die Fragen der Hochschul- und der Mittelschulreform, die gesetzlich vorgeschriebene Schaffung von Regionen und das Ehescheidungsgesetz, auf das vor allem die Sozialisten drängen. Italien geht einem bewegten neuen Jahr entgegen.

Der Krieg in Biafra

Die vielleicht erschütternste und beschämendste Erbschaft von 1968 ist das Weiterdauern des Krieges in Biafra. Als im vergangenen Sommer die nigerianischen Bundestruppen zum endgültigen Sturm auf die Restgebiete Biafras ansetzten, schien die militärische Entscheidung – das heisst die Unterwerfung und Besetzung Biafras – nur noch eine Frage kurzer Zeit zu sein. Inzwischen sind Monate verstrichen, und den Nigerianern ist es nicht gelungen, die Restgebiete Biafras zu besetzen. Dieses Weiterdauern des Krieges ist gleichbedeutend mit einer weiteren Steigerung der *Not und des Elendes* der biafranischen Zivilbevölkerung. Die bewegten Hilferufe des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz im Sommer und die verschiedenen kirchlichen Appelle zur Hilfeleistung an Biafra haben zwar eine weltweite Kampagne des Mitgefühls und der Unterstützung für die bedrängten Ibos ausgelöst. Was aber bisher getan wurde, bedeutet nur einen Tropfen auf einen heissen Stein; die Flüge für Medikamente und Nahrungsmittel haben weiterzugehen, allen widrigen Umständen zum Trotz, wenn verhindert werden soll, dass vor den Augen der Weltöffentlichkeit – unter stillschweigender Duldung der Grossmächte, der afrikanischen Regionalorganisation wie der Vereinten Nationen – in Biafra ein *Genocid* verübt wird, das schrecklicher ist als die Greuel und das Elend des Vietnamkrieges.

Besonders problematisch ist die Haltung der *britischen Regierung* gegenüber dem Biafrakonflikt. Als im Sommer das Ende Biafras nahe schien, hatte sich London, das die Zentralregierung von Lagos unterstützt, zunächst taub gestellt – wohl in der Hoffnung, dass sich mit einer Niederlage der Biafraner die Frage von selbst lösen werde. Angesichts des sich versteifenden Widerstandes der Truppen Ojukwus und der offensichtlichen Unmöglichkeit, ganz Biafra zu unterwerfen, hat Premierminister *Wilson* anfangs Dezember Staatsminister Lord *Shepherd* nach Lagos und Unterstaatssekretär *Foley* nach Addis Abeba entsandt, um die Aussichten eines Vergleiches zu sondieren. Im britischen Parlament zeichnet sich inzwischen eine verstärkte Opposition der Gegner der Biafra-Politik Wilsons ab. Die Zahl der Befürworter eines *Waffenembargos* ist gewachsen. Noch aber gibt es kaum ein Indiz dafür, dass der Premier seine Politik

in Nigeria zu ändern gedenkt. Wilson ist nach wie vor der Auffassung, dass ein Kurswechsel Nigeria nur von Grossbritanniens Seite vertreiben würde, ohne dass dafür ebenbürtige Vorteile eingehandelt werden könnten.

Neue Spannungen im Nahen Osten

Im Nahen Osten hat das Jahresende eine Verschärfung des israelisch-arabischen Konfliktes gebracht. Als Antwort auf den in letzter Zeit intensivierten arabischen *Partisanenkrieg* und den Überfall auf ein israelisches Zivilflugzeug in Athen haben israelische Kommandos am 28. Dezember den internationalen Flughafen von *Beirut* angegriffen und dreizehn arabische Flugzeuge zerstört. Der mit militärischer Präzision ausgeführte israelische Vergeltungsschlag fand ein weltweites Echo.

Die libanesische Regierung wandte sich an den *Sicherheitsrat* der Vereinigten Nationen, der in einer Sondersitzung die israelische Aktion einmütig verurteilte. Frankreich nahm den Zwischenfall zum Anlass, wieder einmal auf die Einberufung einer *Viererkonferenz* zur Regelung der Nahostfrage zu dringen – ein Appell, der lediglich in Moskau einigen Widerhall fand.

Israel beruft sich bei der Begründung seiner Vergeltungsschläge jeweils auf das *Recht der Selbstverteidigung*. Die Methode der Araber, den Waffenstillstand durch Infiltration dauernd zu verletzen, lässt Israel keine andere Wahl als die Flucht in spektakuläre Aktionen, die dem Gegner von Zeit zu Zeit die noch immer vorhandene israelische Überlegenheit demonstrieren sollen. Problematisch bleibt nur, dass Israel dadurch seinem Ziel, der Erreichung eines Friedens und der Garantierung seiner staatlichen Existenz durch die unmittelbaren Nachbarn, keinen Schritt näher kommt. Solange jedoch die Araber darauf beharren, nur eine Auslöschung des jüdischen Staates könnte ihre Forderungen befriedigen, hat Israel kaum einen anderen Ausweg, als in steter militärischer Präsenz seine Daseinsberechtigung zu demonstrieren. Der Nahostkonflikt, in dem auch die Interessen der beiden Weltmächte USA und Sowjetunion aufeinanderstossen, scheint heute von einer Lösung weiter entfernt denn je.

Fabius

NIXON IM WEISSEN HAUS

Im politischen Leben der Vereinigten Staaten tritt jeweils zwischen dem 5. November eines Wahljahres und dem folgenden 20. Januar ein Interregnum fast im wörtlichen Sinne ein. Der scheidende Präsident trifft seine Entscheide bereits im Hinblick auf die Amtsübernahme durch seinen Nachfolger. Der neugewählte Präsident wiederum verfolgt aufmerksam die Amtsführung seines Vorgängers, nicht zuletzt aus Sorge, dieser könnte bis zum Zeitpunkt des Regierungswechsels noch unentwirrbar komplizierte Situationen schaffen. Da heute in der amerikanischen Politik ideologischen Unterströmungen wachsende Bedeutung zukommt, fällt es nicht etwa leichter, sondern vielmehr schwerer vorauszusagen, was ein neuer Präsident nach seinem Einzug ins Weisse Haus allenfalls tun oder nicht tun wird.

Niemand hatte 1964 erwartet, dass sich Lyndon Johnson zu einem noch grimmigeren «Falken» entwickeln würde, als es Senator Goldwater zu sein versprach; daher sollte man auch in Richard Nixons Wahlreden nicht nach eindeutigen Hinweisen auf die Art und Weise seiner Amtsführung in den kommenden vier Jahren suchen. Im Augenblick bleibt uns darum nichts anderes übrig, als die politische Szenerie, wie sie sich nach den Wahlen darbietet, genau zu überprüfen und dann

mit aller gebotenen Vorsicht einige für die weitere Entwicklung wahrscheinliche Tendenzen aufzuzeigen.

Die beiden grossen Parteien unter dem Druck ideologischer Flügel

Zum ersten versetzt uns die auffallende Ähnlichkeit der Geschehnisse von 1964 und 1968 in Erstaunen. Senator *Goldwaters* Präsidentschaftskandidatur bewirkte seinerzeit eine tiefe Spaltung innerhalb der Republikanischen Partei, und nach seiner Wahlniederlage sank die Partei in einen Zustand der Zerrüttung und des Chaos. Heute stellen wir fest – wenn wir nur schon die Namen der drei demokratischen Anwärter *Humphrey*, *Wallace* und Senator *McCarthy* in Betracht ziehen –, dass sich die Kluft offenbar im demokratischen Lager aufgetan hat und dass es sich dabei auch um eine ideologische Krise handelt. Gegenwärtig befinden sich die Demokraten in der genau gleich unerquicklichen Lage wie die Republikaner vor vier Jahren.

Aller Wahrscheinlichkeit nach dürfte die Krise nicht allzu lange andauern, obgleich zur Zeit noch niemand weiss, welche Lösung schliesslich gefunden wird. Bereits heute steht jedoch fest, dass die zwei ideologischen Flügel der beiden Parteien – nämlich die Konservativen innerhalb der Republikanischen und die Linksliberalen innerhalb der Demokratischen Partei – nunmehr in der Lage sind, starken Druck bei der Aufstellung des Parteiprogramms (der «platform») und bei der Auswahl der Kandidaten auszuüben. Dies ist keine ganz neue Erscheinung; vielmehr begann sie sich schon vor Jahren, ja vor mindestens zwei Jahrzehnten abzuzeichnen. Folglich lässt sich mit Sicherheit voraussagen, dass die Tendenz zur ideologisch fundierten politischen Argumentation bei beiden Parteien noch zunehmen wird.

Dazu einige Beispiele: Im Staate New York besteht eine «Konservative Partei». Wie ihr Gegenstück, die «Liberale Partei», wurde sie gegründet, um die beiden grossen Parteien unter ideologischen Druck zu setzen. Zum Zeitpunkt ihrer Gründung im Jahre 1962 nahm kaum jemand Notiz von ihr. Zwei Jahre später errang sie bei den Senatswahlen 270000 Stimmen; bei den Senatswahlen von 1964 entfielen auf ihren Bewerber bereits 510000 Stimmen; in diesem Jahr erhielt ihr Senatskandidat *James Buckley*, der Bruder des Herausgebers der konservativen Wochenzeitschrift «National Review», 1120000 Stimmen. Ohne Zweifel bedeutet dieses enorme Wachstum in so kurzer Zeit nichts anderes als einen Vormarsch des rechten Flügels innerhalb der republikanischen Reihen.

Ähnlich liegen die Dinge bei der Linken: Mehrere grosse Gewerkschaften befürchteten, die Arbeiter könnten zu den Republikanern oder zu George Wallace übergehen. Sie lösten daher unmittelbar nach dem Wahltag einen grossen Propagandafeldzug aus, um die bereits verlorenen oder allenfalls schwankenden Wähler zurückzugewinnen. Dabei malen sie die kommenden vier Jahre in den düstersten Farben und versichern ihren Mitgliedern, die Ära Nixon werde wie seinerzeit die Hoover-Jahre in einer verheerenden wirtschaftlichen Depression enden. Dies hat nun zur Folge, dass manche Arbeiter bereits ihre Ersparnisse wieder abheben, um sich auf schwierige Zeiten wie jene von 1929 vorzubereiten.

Seite an Seite mit den Gewerkschaften, aber noch weiter links, ist zur Zeit auch die «Neue Linke» aktiv. Senator Eugene McCarthy plant die Gründung einer neuen Partei, obwohl ihn manche seiner Mitstreiter auf der Linken vor dem Versuch warnen, die demokratischen Reihen aufzuspalten. Sie hoffen vielmehr, die Führung der ganzen Partei an sich zu reissen; denn aus dem Beispiel ihrer politischen Gegner haben sie offenbar die Lehre gezogen, dass heute in den Vereinigten Staaten eine auf eine Ideologie eingeschworene Minderheit gute Aussichten hat, *innerhalb* der Republikanischen wie auch der Demokratischen Gesamtpartei eine beherrschende Stellung zu erringen und von dort aus deren Politik zu diktieren. Zur Zeit weiss noch niemand, was für eine Persönlichkeit schliesslich in den Vordergrund treten und

1972 eine kämpferische, linksgerichtete Demokratische Partei in die Schlacht führen wird. Aber auch 1964 konnte noch niemand ahnen, dass der zweimal besiegte Nixon (das zweite Mal bei seiner Bewerbung um das Amt des Gouverneurs von Kalifornien) nicht nur als Führer, sondern sogar als gebietender Schiedsrichter und Einiger der arg zerrissenen Republikanischen Partei auferstehen würde.

Nixons Machtbasis

Nixon hätte niemals die Nomination gewinnen können ohne die geduldige Kleinarbeit der Konservativen innerhalb der Republikanischen Partei; diese drängten ihn dem liberalen Flügel förmlich auf. Dennoch hütete sich Nixon, zum «konservativen» Wortführer zu werden. Dies ist eine der bemerkenswerten Tatsachen des ganzen Wahlgeschehens. Zu einer Zeit, da sich die Ideologen einer radikalen, verhetzenden Sprache bedienen, zeigte Nixon nämlich grosses politisches Geschick. Er folgte der altbewährten Tradition, während dem Wahlkampf keine allzu präzisen Aussagen zu machen, aber doch den Eindruck zu erwecken, er sei ein gemässigter Konservativer, und zwar weniger im theoretischen als vielmehr im praktischen Sinn des Wortes. Im europäischen politischen Sprachgebrauch könnte man seine Stellung mit «rechtes Zentrum» umschreiben.

Die Wähler müssen dies recht deutlich gespürt haben. Sie sicherten ihm gerade die Staaten mit vielen Elektorenstimmen, wie Illinois, Kalifornien, New Jersey und Ohio. Ferner profitierte Nixon zum Teil von der Uneinigkeit der Demokraten, zum Teil aber auch von der jahrelangen Kleinarbeit der Republikaner im Süden. Er brachte es schliesslich zustande, dass die Republikaner, die den Süden zur Zeit Lincolns verloren hatten, sich in diesem wichtigen Gebiet wieder festsetzen konnten und aller Voraussicht nach sich dort auch zu halten vermögen. Die Südstaatler, die über Kennedys und Johnsons Bürgerrechts-Gesetzgebung verärgert waren, neigten dazu, für Wallace zu stimmen. Jene unter ihnen aber, die für Nixon stimmten, brachten den Mut auf, mit einer Tradition zu brechen und verliehen dem Wunsch und Willen Ausdruck, ihren Landesteil zu modernisieren und seine Industrialisierung wie seine wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit zu fördern.

Dennoch wäre Nixon wohl kaum als Sieger aus den Präsidentschaftswahlen hervorgegangen, hätte nicht Wallace seinem Rivalen Hubert Humphrey einen grossen Teil des demokratischen Stimmenpotentials entzogen. Bei weitem nicht alle Leute, die für Wallace stimmten, waren «Rassisten», wie dies mitunter aus allzu oberflächlichen Presseberichten hervorging. In allen Teilen des Landes fand Wallace Wähler; viele von ihnen waren Neger, die – wir dürfen dies nicht vergessen – stets als erste unter den Gewaltakten in den Städten, unter Mord, Brandstiftung und Plünderung zu leiden haben. Sogar mehrere Zeitungen der Schwarzen traten für Wallace ein. Auch die weissen Wähler Wallaces zeigten sich verärgert nach den seit Jahren stets gleichlautenden Beteuerungen der Behörden, nichts könne die Serie von Gewaltakten zum Stehen bringen ausser stets neue Millionensummen für öffentliche Projekte. Es wird sich nun zeigen, ob Nixon das Wohlwollen dieser vorübergehend unzufriedenen Demokraten zu erringen vermag, indem er erstens Bedingungen schafft, unter denen Recht und Ordnung wieder hergestellt werden können, und zweitens nicht gerade jene Programme und Massnahmen einschränkt, welche diese Leute bisher demokratisch zu wählen veranlassten.

Es besteht kein Zweifel darüber, dass Nixon den wohlerworbenen Auftrag der Wählerschaft besitzt, die ihm zu einem klaren zahlenmässigen Stimmenvorsprung und zu einer sehr eindrücklichen Mehrheit von Elektorenstimmen verhalf. Kann und wird er seinen Auftrag erfüllen?

Gegenkräfte

Im Land herrscht keine ausgesprochen ruhige, aber doch eine beträchtlich weniger erregte Stimmung als im vergangenen

Sommer und Herbst. Ein Misserfolg bei den Wahlen wirkt sich immer niederschmetternd aus, und die «Neue Linke», um hier nur das ruheloseste Element zu erwähnen, hat gerade deren zwei erlitten: den einen, als Eugene McCarthy nicht zum demokratischen Präsidentschaftskandidaten bestimmt wurde, den anderen, als Humphrey Nixon unterlag. Mehrere Male fand die «Neue Linke» den Weg zur Macht versperrt. Es ist möglich, dass sie jetzt von einer Art Weltuntergangsstimmung ergriffen wird, hatte sie doch in ihrer schwärmerischen Denkungsart den unmittelbar bevorstehenden und totalen Sieg ihrer Sache erwartet. Dies schliesst nun freilich nicht aus, dass sie und ihre verschiedenen Verbündeten nicht bereits wieder ein Comeback planen. In ihren Augen ist Nixon nur vorübergehend ein Hindernis. Es gilt ihn während seiner Amtszeit dauernd zu belästigen und bei der nächsten günstigen Gelegenheit aus der Macht zu verdrängen. Absichtlich haben sie sich von der etablierten Gesellschaft losgesagt und werden nun Anstalten treffen, im nächsten Wahlkampf den Sieg zu erringen.

Die Konservativen zeigen sich viel bescheidener und wirklichkeitsnaher. Sie fühlen zwar ein inneres Wohlbehagen über Nixons Sieg, aber doch haben sie ihre Hoffnungen schon allzuoft enttäuscht gesehen (einmal sogar durch Nixon selbst), als dass sie jetzt irgendwelche entscheidenden Veränderungen in der Innen- oder Aussenpolitik erwarten würden. Das «National Review», das massgebende Sprachrohr der konservativen Intellektuellen, legt seinen Lesern bereits nahe, keine Wunder zu erwarten und sich mit der unabänderlichen Tatsache abzufinden, dass Nixon in alle ausser einige der heikelsten Kabinettsposten Persönlichkeiten liberaler Gesinnung berufen hat.

Diese Einschätzung der Lage trifft durchaus den wahren Sachverhalt. Nixon besitzt den klaren Auftrag der Nation. Ganz offensichtlich freut er sich über diese Tatsache und möchte im Hinblick auf 1972 keinen Stimmungsumschwung provozieren. Er wird daher nicht willens sein, sich allzu heftiger Kritik seitens der Liberalen auszusetzen. Nach dem Wahltag bestimmt stets der Parteiapparat in hohem Masse das Geschehen. Die vielen Parteifunktionäre, deren Einsatz die lokalen Erfolge zuzuschreiben sind, verlangen nun ihren Lohn: Ämter, kleine Schlüsselstellungen, Versprechen auf Ernennungen, Zuweisung öffentlicher Mittel für «ihre» Stadt oder Region. Mit andern Worten: Ein Präsident muss zuerst ein Parteiführer und ein Führer der Nation sein, ehe er darüber nachsinnen kann, was er wirklich gerne tun möchte. Darüber hinaus wird sich Nixon einem mehrheitlich demokratischen Kongress gegenüberfinden und innerhalb des Kongresses einer Gruppe von Linksliberalen, die ihn von ihren wirklichen oder eingebildeten intellektuellen Höhen herab mit Hass förmlich überschütten.

In einem Interview erzählte Richard Nixon, er sei im Verlauf seiner Wahlkampagne, als ihn seine Anhänger auf allen Stationen freudig begrüssten und Tafeln und Spruchbänder mit allen möglichen einprägsamen Sätzen und Schlagworten emporhielten, am tiefsten beeindruckt worden durch die Aufschrift auf dem Schild, das ein junges Mädchen hochhielt: «Please, unite us again! – Bitte, einige uns wieder!» Auf der Stelle habe er sich entschlossen, so erklärte er wenigstens später, diese bescheidene aber vielsagende Bitte zum Wahlspruch seiner Präsidentschaft zu machen. Mit der Zuverlässigkeit dieser Zeitungsmeldung mag es bestellt sein, wie es will. Der Ruf nach nationaler Einheit ist zwar nicht der lauteste, den man heute im Land vernehmen kann; er wird vom schrillen Lärm manch anderer Forderung oder Anklage übertönt. Aber er bringt die Gefühlslage breiter, namentlich ländlicher Bevölkerungsschichten am besten zum Ausdruck. Ich fand es seit jeher bedauerlich, dass Besucher aus Europa – Schweizer und Briten möglicherweise ausgenommen – sich aufgrund der zu Hause erworbenen Kenntnisse ein Urteil über die Vereinigten Staaten bilden. Hier gelangen sie dann zu Folgerungen, die allein auf dem beruhen, was sie bei einigen Grossstadtbesuchen gesehen

oder in Gesprächen mit Washingtoner Regierungsbeamten und Persönlichkeiten des Universitätslebens vernommen haben. Damit möchte ich nur sagen, dass die ideologischen Kämpfe, die an der Spitze und unmittelbar darunter ausgefochten werden, die Masse der ländlichen und kleinstädtischen Bevölkerung kaum berühren. Sie mögen wohl für diese oder für jene Partei zutreffen. Wenn man aber die Fernsehreportagen der jüngsten Wahlnacht und jener von 1964 mitverfolgt hat, so gelangt man zum Schluss, dass erstens die Wählerschaft lokale Probleme noch immer für weit wichtiger hält als die grossen ideologischen oder internationalen Streitfragen (den Vietnamkrieg miteingeschlossen) und dass zweitens der Präsident vor allem im Hinblick auf die Lösung der grossen inneren Aufgaben gewählt wird. In diesem Jahr handelte es sich dabei um die Fiskalpolitik (Inflation, Lohn/Preis-Spirale, Anstieg der Lebenskosten) und um das Problem von Recht und Ordnung (Sicherheit in der Öffentlichkeit, Verschlimmerung der Zustände in den Städten, Schulstreiks, Tumulte).

Innenpolitische Aufgaben

Nixon ist sich dessen wohl bewusst, und er weiss auch, dass er nur über ein ganz schmales Manövrierfeld verfügt. Was das Problem von «Recht und Ordnung» betrifft, so wird Nixon von zwei Seiten her unter Druck gesetzt werden. Die Liberalen und die vom Obersten Bundesgericht geübte Praxis stützen sich auf die Ansicht, dass eine gerechtere Verteilung der materiellen Güter der Nation und eine grössere Milde seitens der Gerichte und anderer Amtsstellen, die den Gesetzen Nachachtung zu verschaffen haben, die Gewalttätigkeit zum Verschwinden bringen werde. Die Praxis des Obersten Bundesgerichtes (des «Earl Warren Court») in den letzten 15 Jahren und der Beifall, den sie bei Psychologen, Soziologen und Politikern fand, hat die Folge, dass sich diese Auffassung heute auch in den unteren Gerichten bemerkbar macht; deren auf politischem Weg bestellte Richter wagen nicht dagegen anzukämpfen. Die Konservativen hingegen behaupten, die Nation vermöge nur dann zur Einheit zurückzufinden, wenn ein Mindestmass an Vertrauen gegenüber den Mitmenschen und gegenüber den Behörden wiederhergestellt werde und alle – Schulkinder, Berufsleute, Hausfrauen – wieder ein einigermassen ruhiges Leben führen können.

Jedermann wartet mit Spannung darauf, wie der neue Präsident diese Probleme anpacken wird. Der leichteste erste Schritt bestünde vielleicht in der Ernennung einer Persönlichkeit, die konservativer ist als Earl Warren, zum Vorsitzenden des Obersten Bundesgerichtes. Die unteren Gerichtshöfe würden den Sinn einer solchen Massnahme verstehen und aufhören, fast automatisch Anklagen abzuweisen oder die Verurteilung von auf frischer Tat ertappten Kriminellen hinauszuschieben. Im erstgenannten Aufgabenkreis, in der Fiskalpolitik, könnte Nixon wohl spektakulärere Erfolge erringen. Nicht zuletzt infolge der Schwäche des französischen Francs findet er einen stärkeren Dollar vor als sein Vorgänger. In den Vereinigten Staaten herrscht nahezu Vollbeschäftigung; der Prozentsatz arbeitsloser Neger ist seit 1965 stetig gesunken; den Gewerkschaften wurden durch die Niederlage Humphreys etwas die Flügel gestutzt. Ferner wirkten ranghohe, überaus sachkundige Geschäftsleute und Volkswirtschaftler als Berater in Nixons Wahlkampagne. Sie werden es nun wohl nicht zulassen, dass die Fiskalpolitik des Präsidenten in die verhängnisvolle Bahn inflationistischer Massnahmen abgleitet. Dies verheisst zwar noch keinen störungsfreien Kurs, könnten doch wirtschaftliche Restriktionen höhere Arbeitslosigkeit, Herabsetzung der Hilfe an die Armen – und einen feindseligen Aufschrei im Kongress zur Folge haben. Eine besser geführte Wirtschaftspolitik entspricht aber in diesem Jahr so offensichtlich dem Willen des Volkes, dass fast jede einigermassen vernünftige Massnahme des neuen Präsidenten in weitesten Kreisen Beifall finden würde.

Probleme der Aussenpolitik

Auf aussenpolitischem Gebiet können sich Voraussagen auf festeren Grund abstützen, denn die amerikanische Aussenpolitik pflegt sich jeweils nur in Nuancen zu verändern. Wie seine Vorgänger und wie Eisenhower selbst befürwortet auch Nixon die Entspannung und die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion. Er ist der Ansicht, dass die Sowjets in ideologischer Hinsicht Schwierigkeiten haben und im übrigen vollauf mit eigenen Problemen beschäftigt seien. Mag diese Ansicht zutreffen oder nicht – sie bildet auf jeden Fall die These, die nun der Aussenpolitik der USA zugrunde gelegt werden soll. Immerhin kennt Nixon den Kommunismus in Theorie und Praxis. (Vor zwanzig Jahren trat er im Kongress als öffentlicher Ankläger des sowjetischen Spions Alger Hiss auf.) Überdies sind seine Berater keine mit der Linken liebäugelnde Harvard-Professoren, sondern bekannte Marxismus-Spezialisten und Antikommunisten. Eine radikale Abkehr von der bisher befolgten allgemeinen Linie lässt sich also nicht erwarten. Zu erwarten ist aber eine ernsthafter geplante und folgerichtiger durchgeführte Politik, die versucht, das Machtstreben Sowjetrusslands im Mittelmeer und im karibischen Raum sowie das Ausgreifen Chinas (nach der zu erhoffenden Beilegung des Vietnamkrieges) in Schranken zu weisen; zu erwarten sind ferner Anstrengungen, um das Atlantische Bündnis wieder zu stärken.

Nixon wird einen besseren und schöpferischer denkenden Stab amerikanischer Sonderbeauftragter für die europäischen Staaten zur Verfügung haben als Johnson. Mit der Ernennung des altbewährten Diplomaten *Robert Murphy* zum persönlichen Emissär nach den wichtigsten Krisenherden hat er eine ausgezeichnete Wahl getroffen. Zwar wird General de Gaulle seinen unerbittlichen Kritiker gewiss nicht gerne auf einem so einflussreichen Posten sehen. Zu Südafrika und Portugal dürften sich wahrscheinlich bessere Beziehungen entwickeln, und es ist durchaus verständlich, dass auch Salisbury mit mehr Vertrauen in die Zukunft blickt. Dies schliesst freilich nicht aus, dass sich Nixon gegenüber Schwarzafrika sehr freundlich verhalten wird. Seine Afrikareise von 1959 hatte ja zur Folge, dass das Staatsdepartement die Richtlinien festzulegen begann, die noch heute die verbindliche Grundlage der amerikanischen Politik gegenüber den schwarzen Staaten Afrikas bilden.

Schliesslich darf man auch jetzt schon behaupten, dass der Kalte Krieg, gerade weil Nixon ins Weisse Haus einzieht, nicht wieder aufleben wird – es sei denn, der Kreml habe andere Gründe, um bereits beim blossen Gedanken an irgendwelche Kontakte mit einem angeblich derart «reaktionären» Präsidenten gleich zu Eis zu erstarren. Sehr wahrscheinlich steht eine Periode des sorgfältigen Abschätzens der gegenseitigen Positionen bevor. Um zu sehen, inwiefern Nixon der amerikanischen Politik seinen persönlichen «Stempel» aufdrückt, werden wir wahrscheinlich bis zum Sommer 1969 zuwarten müssen.

Thomas Molnar

INNENPOLITISCHE RUNDSCHAU

Bewegtes Ende eines bewegten Jahres

Auch der letzte Berichtsmonat des Jahres 1968 tanzte nicht aus der Reihe, auch er stand im Zeichen der Unrast. Am Weihnachtstag war die Hauptwache der Zürcher Stadtpolizei das Ziel eines wirklichen Sprengstoffanschlags, nachdem sich um die Hüter des Gesetzes während der Vormonate schon reichlich *politischer* Spreng-

stoff angesammelt hatte. Nur dank dem Zusammentreffen glücklicher Umstände kamen dabei keine Menschen zu Schaden. Am Tatort fand sich ein Schriftstück mit anarchistischen Tiraden. Ob der Vorfall nun die Tat eines Einzelgängers oder einer organisierten Gruppe gewesen sein mag – er ist in jedem Fall symptomatisch für das Klima in manchen Kreisen vor allem des städtischen Jungvolks. Das kommende Jahr wird uns auch in dieser Hinsicht wohl manche Überraschung zweifelhafter Art bereithalten.

Zum Schauplatz eines Anschlags im übertragenen Sinne wurde im Dezember auch das Bundeshaus. Die Jugendorganisation der jurassischen Separatisten hatte sich zum Ziel gesetzt, den Wahltag in der Bundesversammlung zur Inszenierung einer besonderen «Show» zu benützen. Diese drangen in den Nationalratssaal ein und liessen sich nur durch Gewalt wieder entfernen. Die Separatistenführer wollen von dem Vorhaben nichts gewusst haben, zollten ihm aber hinterher ihren Beifall. Das könnte ja fröhlich werden in unserem Lande, wenn solche Methoden Schule machen würden. Die Reaktion in der Öffentlichkeit war indessen so eindeutig negativ, dass sich die Kalkulatoren der politischen Agitation, die ja meist recht kühle Köpfe sind, im Jura und anderswo kaum allzu sehr bestärkt fühlen dürften, in diesem Stile weiterzufahren.

Ein böser Klecks im Reinheft unserer Neutralitätspolitik

«Eine Schande für die Schweiz» – so und ähnlich lauteten die Überschriften der Kommentare zur Waffenhandelsaffäre, in welche die Weltfirma Bührle verwickelt ist. Einer ersten Phase, in welcher leitende Angestellte der Firma einvernommen wurden, folgte eine zweite, in welcher auch die Bundesverwaltung unter Beschuss geriet. Hätte diese nicht früher eingreifen können und müssen? So lautete die Frage an den Bundesrat. Bundespräsident Spühler betonte vor dem Parlament, dass sich die Bundesbehörden äusserst verwirrenden Tatbeständen gegenüber gesehen hätten. Das ist gewiss unbestritten. Ebensowenig kann aber in Abrede gestellt werden, dass die Frist von der Feststellung der ersten Indizien – Auftauchen von Bührle-Instruktoren in Nigeria im Sommer 1967 – bis zur Einleitung des eigentlichen Ermittlungsverfahrens im Sommer 1968 angesichts der neutralitätspolitischen Tragweite der Angelegenheit als ausserordentlich gross zu bezeichnen ist.

Nun steht man vor einem Scherbenhaufen. Auch wenn die Bundesverwaltung sich im Laufe der weiteren Untersuchung reinwaschen kann, so wird doch etwas hängen bleiben. Die vom Parlament beschlossene Einsetzung eines unabhängigen Expertengremiums zur Abklärung aller mit dem Waffenexport zusammenhängenden Fragen wird nichts mehr daran ändern können, dass der in manchen Kreisen des In- und Auslandes schwelende Vorwurf der doppelten Moral der neutralen Schweiz neue Nahrung bekommen hat. Dass es zu allem Überfluss noch eines unbestrittenen *kommunistischen* Postulats bedurfte, um die Frage einer Verstaatlichung der Rüstungsindustrie ebenfalls ins Spiel zu bringen, rundet das Bild einer verwirrenden Szenerie ab, die in jeder Beziehung peinlich anmutete.

Die Affäre machte im übrigen einmal mehr die Problematik deutlich, mit der die Waffenindustrie eines so kleinen Landes belastet ist: Diese kommt nicht ohne Absatzmöglichkeiten im Ausland aus, die aber ihrerseits aus neutralitätspolitischen und anderen Gründen stark eingeschränkt sind. Diese Problematik mag die ausserordentliche Behutsamkeit erklären – wenn auch nicht entschuldigen –, mit der die Bundesbehörden in der ersten Untersuchungsphase zu Werke gegangen waren.

Wirbel um das ETH-Gesetz

Zu einem unvorhergesehenen Politikum ersten Ranges ist die Revision des ETH-Gesetzes geworden. Sie wurde zunächst ein-

geleitet, weil die Übernahme des Waadtländer Polytechnikums in Lausanne, der EPUL, durch den Bund unumgänglich geworden war. Da diese auf Anfang 1969 erfolgen sollte, wurde auf eine grundsätzliche Überholung des ganzen Gesetzes verzichtet und die Änderung praktisch auf den rechtlichen Einbezug der EPUL beschränkt. Das Parlament schloss sich diesem Vorgehen an, und alles schien in Minne zu verlaufen – bis anderthalb Monate vor Abschluss der Referendumsfrist die ETH-Studenten «erwachten» und im Lancieren des Referendums eine Möglichkeit zu erkennen glaubten, der sachlich sicherlich notwendigen Studien- und Organisationsreform spektakulären Auftrieb zu geben.

In dieser Situation entschloss sich der radikale Genfer Nationalrat Schmitt, eine Motion einzureichen, die den Bundesrat beauftragte, sofort eine breiter angelegte Revision des ETH-Gesetzes einzuleiten und so die Gelegenheit zu ergreifen, um eine Art repräsentativen Modellgesetzes zu schaffen, das den Kantonen bei der Hochschulreform als Vorbild hätte dienen können. Schmitt glaubte, den Studenten damit eine vernünftige Alternative zum Referendum anbieten zu können; der Bundesrat schloss sich dieser Meinung an und liess sofort erklären, dass er bereit sei, die Motion noch in der Dezembersession entgegenzunehmen.

Doch der Versuch misslang. Einerseits gab es unter den Studenten Gruppen, die, einmal in Fahrt, nicht mehr bereit waren, die Referendumsübung abzubrechen. Anderseits wurden in parlamentarischen Kreisen immer stärkere Bedenken grundsätzlicher Art laut, etwa in dem Sinne, dass es verfahrensmässig anfechtbar sei, ein Gesetz, das im Parlament ohne Widerspruch verabschiedet worden war, erneut in Revision zu ziehen, bevor es überhaupt in Kraft sei. Unterschwellig dürfte darüber hinaus bei manchen Volksvertretern die Abneigung, dem studentischen Druck so demonstrativ Rechnung zu tragen, den Ausschlag zum Nein gegeben haben. So kam es zur Ablehnung der Motion Schmitt, und die Studenten werden nun wohl ihren Referendumskampf haben. Ob sich ihre Hoffnung, in der Öffentlichkeit auf diese Weise vermehrtes Verständnis für die Probleme der Hochschulreform zu wecken, erfüllen wird, steht indessen auf einem anderen Blatt. Das Klima ist den studentischen Anliegen nach dem «heissen Sommer» an den europäischen Universitäten nicht allzu günstig.

Beitritt zur Menschenrechtskonvention?

Am 9. Dezember hat der Bundesrat einen Bericht zuhanden der eidgenössischen Räte veröffentlicht, in dem der Beitritt zur Europäischen Menschenrechtskonvention beantragt wird. Dieses völkerrechtliche Abkommen über die Pflicht eines Schutzes der Menschenrechte entstand im Rahmen des Strassburger Europarates und bietet die Möglichkeit, Beschwerden von Staaten oder Einzelpersonen internationalen Instanzen vorzutragen. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass die direkte Wirkung nicht besonders gross ist, da das Verfahren ausserordentlich langsam abläuft. Hingegen ist die moralische und damit die vorbeugende Ausstrahlungskraft der Konvention beträchtlich.

Die Schweiz trat 1962 dem Europarat bei, glaubte aber die Konvention nicht unterzeichnen zu können, weil sie zu viele Vorbehalte – vor allem wegen den konfessionellen Ausnahmeartikeln und dem fehlenden Frauenstimmrecht – hätte anbringen müssen. Inzwischen ist ein Gesinnungswandel eingetreten, indem ein Beitritt mit Vorbehalten gegenüber dem Abseitsstehen als das geringere Übel betrachtet wird. Widerstand regt sich indessen in den Reihen der Frauenstimmrechtsbewegung, da dort angenommen wird, dass mit der Ratifizierung unter Vorbehalt ein Argument für die Beschleunigung der Einführung entfalle.

Karl Barth ist verstummt

In der Nacht auf den 10. Dezember ist einer der grössten Schweizer der Gegenwart für

immer verstummt: der Theologe Karl Barth. Es ist bezeichnend für sein Christentum und seine Wissenschaft, dass ihm auch die *katholischen* Zeitungen des In- und Auslandes grosse Nachrufe gewidmet haben. Seine Lehre strahlte weit über die eigene Konfession hinaus. Der Ökumene vermittelte er entscheidende Impulse. Auch im politischen Geschehen wurde er für seine Anhänger zum Vorbild. Im nationalsozialistischen Deutschland war er Mittelpunkt des kirchlichen Widerstandes. Nach dem Zweiten Weltkrieg glaubte er an eine «mittlere Linie» Europas zwischen Ost und West. Mit Karl Barth ist ein grosser Kämpfer und Erneuerer dahingegangen.

Spectator

BERUFSMITTELSCHULE

Künftiger Bildungsweg für das mittlere Kader?

Unüberhörbarer Ruf nach neuen Bildungswegen

Der Ruf nach Koordination und Reform unseres Schul- und Bildungswesens sowie nach neuen Bildungswegen ist im Verlauf der letzten Jahre immer mehr in die Öffentlichkeit gedrungen. Auf der Ebene des *Primarschulwesens* hat inzwischen die Koordination auch bereits – wenn auch zaghaft und zögernd – eingesetzt; auf dem Sektor der *gymnasialen Bildung* – dem «Flaschenhals» des schweizerischen Bildungswesens – konnte mit grosser Anstrengung glücklicherweise vermieden werden, dass die neue Maturitätsanerkennungsverordnung künftigen Experimenten unüberwindliche Schranken setzt, und der sinnvolle Ausbau der *Hochschulen* in der Schweiz konnte durch eine zeitgerechte eidgenössische Subventionspolitik gesteuert werden.

Eigentümlich ist indessen, dass die Frage der *handwerklichen und gewerblichen Berufsausbildung* lange Zeit aus der Diskussion ausgeklammert blieb. Dabei ist zurzeit die Meisterlehre für etwa 250 Berufe noch immer der reglementierte Weg zum beruflichen Fähigkeitszeugnis. Er wird jährlich von über 125000 jungen Leuten gewählt. Die Zahl jener, die sich beklagen, durch den traditionellen Weg der Meisterlehre, verbunden mit einem Stück Gewerbeschule, nicht genügend vorbereitet und ausgebildet worden zu sein, ist jedoch gross.

Dabei hätten wir gerade in der Schweiz allen Grund, nicht von alten Lorbeeren zu zehren, sondern uns im Hinblick auf die Zukunft wie in Pionierzeiten anzustrengen. Wenn wir für die im Kommen begriffene wirtschaftliche Integration der Schweiz in Europa vorbereitet sein wollen, muss auch unser *mittleres Kader* in Handwerk, Gewerbe und Industrie geistig möglichst beweglich sein. Die ständige Verlagerung des arbeitsmässigen Schwergewichtes zum Dienstleistungssektor hin fordert gebieterisch ein ernsthaftes Neudurchdenken der herkömmlichen Berufsbildung. Auch rückt die manuelle Arbeit durch die weiter zunehmende Automation immer mehr in den Hintergrund. Mit alten Ausbildungsschemen werden wir dieser neuen Sachlage nicht gerecht.

Die Schülerzahl an öffentlichen schweizerischen Mittelschulen stieg in den vergangenen sechs Jahren um 71 Prozent an. Aber kaum 50 Prozent der einmal in eine gymnasiale Schule Eingestiegenen erreichen

je das anvisierte Ziel «Matura». Mögen die Gründe des Versagens mannigfach sein – für Wirtschaft und Öffentlichkeit bedrückend bleibt die Tatsache, dass viele junge Leute nur auf Umwegen und über mehrfach gebrochene Ausbildungs- und Erziehungswege schliesslich zu einem Ziel gelangen, sofern sie dieses Ziel nicht schon vorher aufgegeben haben.

Unsere heutigen Schul- und Ausbildungsstrukturen werden zudem in keiner Weise der festgestellten Akzeleration der jungen Generation gerecht. Wir müssen jedoch beachten, dass die geistig-intellektuelle Reife des heutigen jungen Menschen stark hinter der körperlichen Reifung nachhinkt. Dies erschwert einerseits die Berufswahl, welche nach dem jetzt geltenden System vornehmlich zwischen dem 12. und 16. Lebensjahr zu erfolgen hat, anderseits bringt sie zum Teil eine ganz andere Arbeitsmoral hervor, als man sie früher bei Lehrlingen und Schülern voraussetzen konnte.

Vorschläge zur Diskussion

Wenn derzeit rund 70 Prozent aller Knaben in der Schweiz und ungefähr 32 Prozent der Mädchen (eigentlich noch immer überraschend wenig!) ihre Ausbildung für das spätere Leben in einer Berufslehre holen, dann ist es wohl gerechtfertigt, dass sich verantwortliche Kreise ernsthaft mit dem Problem einer zeitgerechten Berufsbildung auseinandersetzen. Zunächst ist der «Verein schweizerischer Gymnasiallehrer» Ende 1967 mit seinem durchdachten Vorschlag auf Schaffung «*Allgemeiner Berufsmittelschulen*» hervorgetreten. Diese neue Schule soll zwischen der traditionellen Berufslehre und den bestehenden obern Mittelschulen stehen. Die *Besonderheiten der Berufsmittelschule* wären:

- Allgemeiner und berufsvorbereitender Unterricht gleichwertig nebeneinander;
- Aufgliederung des Unterrichtes in Kern- und Wahlfächer;
- fakultative Kurse und Bildung freier Gemeinschaften;
- gemeinsame Unterrichtsstätte für Knaben und Mädchen;
- Kernfächerunterricht in Leistungsklassen;
- keine Klassenrepetitionen, nur Kurswiederholungen;
- Schulberater zur Ermittlung der Begabungen und zur Berufswahl;
- eventuell Gestaltung als Aufbaugymnasium;
- Diplomabschluss gleichwertig wie ein eidgenössisches Fähigkeitszeugnis und überdies Tor für weiterführende Berufsausbildung.

Auch wenn dieser Vorschlag sehr unterschiedlich aufgenommen wurde – Professor A. Gutersohn von der Hochschule St. Gallen setzte als einer der ersten ein Fragezeichen dahinter –, so hat er doch das Verdienst, die Diskussion in Gang gebracht zu haben. Kreise aus Handel und Gewerbe, die schweizerischen Gewerbelehrer (SVGU), Bildungsplaner und Schulbehörden setzten sich nun mit dem prüfenswerten Vorschlag auseinander. Während die einen durch die Schaffung von Berufsmittelschulen als Ausbildungsstätte für das mittlere Kader eine «Auspowerung» der Meisterlehren und der Gewerbeschule befürchteten, befürworteten andere umsomehr die neue Möglichkeit einer zeitgemässen Ausbildung in sozialen und technischen Berufen. Das neue zugerische Erziehungsgesetz sieht bereits die Möglichkeit einer Errichtung von Berufsmittelschulen vor.

Die Notwendigkeit einer Reform der Berufsausbildung wird auch von der «Arbeitsgemeinschaft für die Koordination der kantonalen Schulsysteme in der deutschsprachigen Schweiz» deutlich erkannt. Das *Modell eines einheitlichen schweizerischen Bildungssystems*, das im Dezember 1968 an einer Tagung in Luzern als verbindliche Diskussionsgrundlage erklärt wurde, schlägt vor, dass für Jugendliche im Alter von 15 bis 18 Jahren die Ausbildung durch Berufslehre oder der Besuch einer Mittelschule zeitlich parallel laufen sollten. Für die Berufslehren fordern

sie dabei künftig eine stärkere Betonung der Allgemeinbildung in der Gewerbeschule, ferner eine stärkere Differenzierung nach intellektueller Leistungsfähigkeit. Wenn gewisse Minimalleistungen ausgewiesen sind, soll das Lehrabschlusszeugnis zum Übertritt an höhere technische Lehranstalten und ähnliche Schulen berechtigen, von wo aus auch der Zugang zu Hochschulen möglich zu machen ist.

Zwischenbilanz

Für Ende 1968 lässt sich im Hinblick auf die Reform der Berufsbildung in der Schweiz bestimmt noch kein greifbares Resultat feststellen. Wir dürfen jedoch froh sein, dass ein beachtlicher Teil der dafür Verantwortlichen die Probleme erkannt hat. Der Vorschlag des Gymnasiallehrervereins auf Schaffung von Berufsmittelschulen ist nicht nur wert, geprüft zu werden, sondern wäre in jeder Hinsicht eines Experimentes würdig. Eine sinnvolle Strukturreform der Berufsbildung überhaupt ist aber nur dann möglich, wenn sie Teilstück der ganzen Bildungsreform wird, einer Reform, die alle Stufen vom Kindergarten bis zur Hochschule umfasst und auch keinen einzigen unserer Kantone ausnimmt.

Adolf A. Steiner

WIRTSCHAFTSCHRONIK

Das die wirtschaftspolitische Szenerie beherrschende Ereignis während der Berichtsperiode (November–Dezember 1968) war zweifellos die schwere Krise, die das *Währungssystem* der freien Welt im November in den Grundfesten erschütterte. Beunruhigend ist nicht nur diese Tatsache an sich, sondern vielmehr auch das Faktum, dass es sich um die dritte tiefgreifende währungspolitische Verwirrung innerhalb von 12 Monaten handelte – eine zeitliche Sequenz, die darauf hinzudeuten scheint, dass die währungspolitische Ordnung und ihre Spielregeln nicht mehr in allen Teilen den gegenwärtig herrschenden Verhältnissen angepasst sind. Allerdings wurde die Novemberkrise *nicht* durch den «klassischen» Mechanismus ausgelöst, der in den vergangenen Jahren an der Basis der Währungsunruhen lag; ging bisher die Nervosität an den Devisenmärkten von der Schwäche des Pfund Sterling und des Dollars, also den beiden Leitwährungen, aus, so lag diesmal das währungspolitische Epizentrum in Frankreich und in der Bundesrepublik, wobei das Pfund Sterling zufolge seiner anhaltenden Unstabilität in den Strudel der hektischen Ereignisse gerissen wurde, der Dollar aber auf Grund einer Verbesserung der amerikanischen Zahlungsbilanz diesmal ausserhalb der Schusslinie blieb.

Vertrauenskrise in Frankreich

Ausgangspunkt war eine sowohl politisch wie wirtschaftlich motivierte *Vertrauenskrise* in Frankreich, die ihren Ursprung in den Unruhen vom Mai 1968 hatte. Frankreich war bestrebt, seine durch die soziale Unrast erlittenen Produktionsverluste sozusagen mit Hilfe einer «Vorwärtsstrategie», d.h. mit einer ausgeprägt *expansiven Wirtschaftspolitik*, einzuholen. Es erachtete sich zu einer solchen Politik umso mehr berechtigt, als die französische Wirtschaft zu diesem Zeitpunkte über freie Kapazitäten verfügte (durchschnittliche Kapazitätsauslastung 75%). Zudem sollten mit einer solcherart forcierten Expansion die sozialen Zugeständnisse «finanziert» werden, die im Mai des vergangenen Jahres zur Beruhigung der politischen Lage gemacht

werden mussten. Diese kühne Strategie hatte aber nicht die erhofften Resultate gezeitigt, und zwar vor allem deshalb nicht, weil sich damit einmal das politische Misstrauen nur partiell beseitigen liess, und weil Frankreich mit dieser Politik weiter in die Zone einer konjunkturellen Überhitzung geriet, die ausgerechnet in einem Zeitpunkt Bremsmassnahmen notwendig machte, als anderseits die D-Mark zufolge einer seit Jahren anhaltend aktiven Handelsbilanz und Zahlungsbilanz «aufwertungsverdächtig» geworden war. Es entstand ein währungspolitisches *Vertrauensgefälle* von Frankreich nach der Bundesrepublik, vom abwertungsverdächtigen französischen Franc nach der aufwertungsverdächtigen D-Mark. Äusseres Zeichen dieser Situation war eine enorme *Kapitalabwanderung* aus Frankreich, die sich in drastischen Verlusten an Währungsreserven bei der französischen Notenbank niederschlugen. Allein vom April bis zum November 1968 erreichten sie rund 3 Mia. Dollar – ein Zeichen dafür, dass die Vertrauenskrise bereits einige Monate vor ihrem Kulminationspunkt unter der monetären Oberfläche moderte. In der ersten Novemberhälfte nahm die Kapitalflucht aus Frankreich geradezu gigantische Ausmasse an, so dass sich die Lage dramatisch zuspitzte und raschen Abwehrmassnahmen rief.

Überbewertete D-Mark?

Umgekehrt musste die Bundesrepublik bzw. die deutsche Bundesbank gewaltige Mengen an Auslandsgeldern («hot money») entgegennehmen. Der Vertrauensverlust, dem der französische Franc ausgesetzt war, zusammen mit einer Spekulation auf eine D-Mark-Aufwertung, der Wirkung der «Leads und Lags» und endlich auch der aktiven deutschen Handelsbilanz hatten zur Folge, dass auch die Bundesrepublik diesem hektischen Treiben an den Devisenmärkten nicht mehr untätig zusehen konnte. Die Kapitalexportpolitik der Bundesbank reichte nicht mehr aus, um ein adäquates Korrektiv abzugeben. Die Bundesrepublik sah sich der akuten Gefahr ausgesetzt, durch die Wirkung der importierten Inflation, durch die ständige Liquidisierung ihrer Wirtschaft, in eine Phase der raschen Geldentwertung einzutreten. Deshalb stand die Bundesrepublik vor der Alternative, entweder in einer gemeinsamen Anstrengung der wichtigsten Währungsländer zu versuchen, diese Situation zu bereinigen, oder – was sowohl politisch wie wirtschaftlich wesentlich unangenehmer gewesen wäre – eine Korrektur ihrer unausgeglichenen aussenwirtschaftlichen Beziehungen über eine sogenannte Anpassungsinflation zuzulassen.

Es kam am Wochenende vom 17./18. November zur Sitzung der im Rahmen der Bank für internationalen Zahlungsausgleich in Basel kooperierenden Notenbankgouverneure, die sich offenbar auf eine Wechselkursänderung in dem Sinne einigte, dass Frankreich abwerten und die Bundesrepublik aufwerten solle. Der Gouverneur der Bundesbank, Blessing, der bereits im Vorfeld dieser Sitzung seine Sympathie für Wechselkursänderungen nicht verheimlichte, wies jedoch darauf hin, dass ein solcher Schritt nur von der Bundesregierung beschlossen werden könne. Die Bundesregierung lehnte aber eine Wechselkursänderung kategorisch ab, aller Wahrscheinlichkeit nach nicht zuletzt aus *politischen Gründen* (Wahljahr 1969); sie verfügte bereits am 19. November steuerliche Sofortmassnahmen (Verbilligung der Importe und Verteuerung der Exporte), um den Überschuss der Handelsbilanz von 16 Mia. DM auf schätzungsweise 11–12 Mia. DM abzubauen. Die Bundesregierung vertrat die Auffassung, dass die Wechselkurspolitik kein taugliches Mittel für die Konjunkturpolitik darstelle; eine strukturelle Überbewertung der D-Mark sei nicht anzunehmen. Ausschlaggebend war aber wohl die Überlegung, dass steuerliche Massnahmen *zurückgenommen* werden können, wogegen Wechselkursänderungen einen irreversiblen Charakter haben.

Die Bundesregierung wollte damit ihren guten Willen zur internationalen Zusammenarbeit im Sinne einer Vorleistung unter

Beweis stellen. Schiller als Vorsitzender des Zehnerklubs rief dieses Gremium noch am 19. November zusammen, um adäquate Massnahmen der Zahlungsbilanzdefizitländer diskutieren zu können. Bereits am 20. November konnte der Zehnerklub in Bonn tagen. Und um diese Gespräche in einer möglichst «ruhigen» Atmosphäre ablaufen zu lassen, schlossen die meisten Länder ihre Devisenmärkte.

Die Bonner Währungskonferenz

Die Bonner Währungskonferenz arbeitete in einem äusserst spannungsgeladenen Klima, wobei sich die deutsche Regierung zeitweise einer französisch-britisch-amerikanischen Front gegenübergestellt sah, denn eine Aufwertung der D-Mark wäre sowohl im Interesse Frankreichs und Grossbritanniens wie in demjenigen der USA gelegen, so dass die Stimmen, die von einem erheblichen politischen Druck auf die deutschen Unterhändler sprachen, die Verhandlungsstimmung wohl zutreffend charakterisiert haben dürften. Frankreich entdeckte plötzlich wieder die Vorteile einer internationalen Zusammenarbeit in Währungsfragen. Die Bundesregierung liess sich jedoch in ihrer Haltung nicht umstimmen. Im *Schlusscommuniqué* billigten die Konferenzteilnehmer vielmehr die deutsche Haltung, die D-Mark nicht aufzuwerten. Frankreich wurde eine weitere Kredithilfe von 2 Mia. Dollar in Aussicht gestellt, und die Bundesrepublik verpflichtete sich zur Abwehr der Auslandsgelder eine Erhöhung der Mindestreserven auf zusätzlichen Auslandsverpflichtungen der Banken auf 100% vorzunehmen sowie eine Bewilligungspflicht für nichtkommerzielle Auslandsverpflichtungen einzuführen.

Allgemein war erwartet worden, dass Frankreich im Blick auf diese Ergebnisse der Bonner Konferenz seine Währung nun abwerten werde. Diese Konsequenz ist von Paris zur allgemeinen Überraschung aber nicht gezogen worden; vielmehr entschloss sich de Gaulle, den beschwerlicheren Weg einer «indirekten Abwertung» zu gehen. Frankreich schwenkte auf die Linie einer scharfen *Austerity-Politik* ein: Devisenkontrolle, Kürzung des Budgetdefizites, Preiskontrollen, zurückhaltende Lohnpolitik, Kreditrestriktionen sowie steuerliche Massnahmen. Auch der französische Entscheid scheint in erster Linie von politischen Überlegungen bestimmt gewesen zu sein. Frankreich wollte sich die «Demütigung» einer isolierten Abwertung nicht gefallen lassen. Die französische Haltung lehrt, dass an der Bonner Währungskonferenz zu wenig mit den politischen Implikationen gerechnet wurde.

Es kann momentan (6. Januar) kaum abgeschätzt werden, ob das französische Spiel auf Zeitgewinn von Erfolg gekrönt sein wird. Verschiedene Indizien sprechen dafür, dass die Novemberkrise noch nicht überwunden ist. Es stellt sich darüber hinaus die Frage, ob das westliche Währungssystem nicht einer *grundsätzlichen Reform* bedarf. Es scheint nicht ausgeschlossen, dass dieses Thema eine neue Währungskonferenz beschäftigen wird; jedenfalls wurden in dieser Beziehung verschiedene Initiativen angekündigt.

Oeconomicus